

Anfrage Pfäffli Andrea und Mit. über Sparmassnahmen an der Universität Luzern und die Zukunft der Religionswissenschaft

eröffnet am 17. Juni 2025

Aktuellen Berichten zufolge plant die Universität Luzern ein strukturelles Sparpaket von rund 2 Millionen Franken, das drei von sechs Fakultäten betrifft, nämlich die Theologische, die Kultur- und Sozialwissenschaftliche sowie die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät. Die Sparmassnahmen ergeben sich, weil sich trotz eines leichten Anstiegs der Studierendenzahlen (ca. 5%) erstmals strukturelle Defizite abzeichnen. Diese entstehen aufgrund des politisch herbeigeführten Zielfkonflikts einer kleinen Universität mit möglichst tiefem Sockel- und Trägerbeitrag.

Im Rahmen dieser Sparrunde steht auch die Religionswissenschaft und die damit verbundene Religionsforschung ernsthaft zur Disposition: Nach der Emeritierung von Prof. Dr. Martin Baumann (Anfang 2026) wird die Professur nach dem Willen der Fakultätsversammlung der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät (KSF) nicht nachbesetzt. Damit droht die Abschaffung dieses über 40 Jahre an der Universität Luzern etablierten, national sowie international anerkannten Fachs – ein Eingriff, der allein mit Studierendenzahlen gerechtfertigt wird, trotz nachweislichen Mehrwerts in Lehre, Forschung, Politikberatung und Gesellschaftsdialog.

All dies geschieht, obwohl der Kanton Luzern derzeit sehr solide Haushaltabschlüsse aufweist. Der Kanton Luzern ist als Träger der Universität in der Verantwortung, ihre strategische Profilierung zu fördern. Angesichts des Spardrucks stellen sich Fragen zu Prioritätensetzung, finanzpolitischer Steuerung und der Wahrung fachlicher Vielfalt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Sparmassnahmen der Universität Luzern im Umfang von rund 2 Millionen Franken, die gezielt drei Fakultäten treffen, auch im Vergleich zur finanziellen Leistungsfähigkeit des Kantons?
2. Welche Rolle spielt die tiefe Trägerfinanzierung der Universität durch den Kanton bei der Auslösung dieses Sparauftrags, und inwieweit ist dem Regierungsrat bewusst, welche bildungs- und wissenschaftspolitischen Auswirkungen damit verbunden sind?
3. Sind die Sparaufträge inhaltlich-strategisch gestützt oder beruhen sie alleine auf finanziellen Kennzahlen?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat die geplante Abschaffung der Professur für Religionswissenschaft und der damit einhergehenden Religionsforschung, die auf den Sparvorgaben beruht, im Hinblick auf die strategische Ausrichtung der Universität Luzern, deren Profil und Standortattraktivität?
5. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass die Religionswissenschaft – trotz vergleichweise kleiner Studierendenzahlen aber mit beträchtlichen Leistungen im Bereich

Drittmitteleinwerbung und Forschung – für eine liberale, demokratische und pluralistische Gesellschaft, insbesondere im Hinblick auf die Integrationsarbeit, den interreligiösen Dialog und die evidenzbasierte Politikberatung, unverzichtbar ist?

6. Welche kantonalen Instrumente und Einflussmöglichkeiten gibt es, um sicherzustellen, dass bei hochschulpolitischen Entscheiden nicht nur einseitige quantitative Kriterien (z. B. Studierendenzahlen) ausschlaggebend sind, sondern auch weitere quantitative und qualitative Beiträge wie Drittmitteleinwerbung, interdisziplinäre Kooperationen und gesellschaftlicher Mehrwert angemessen gewürdigt werden?
7. Wie bewertet der Regierungsrat den drohenden Verlust religionswissenschaftlicher Expertise, gerade im Austausch mit Schulen, Fachhochschulen, Gerichten, Behörden, Medien und gesellschaftlichen Institutionen?
8. Mit welchen längerfristigen Auswirkungen rechnet der Regierungsrat auf die Reputation und die Attraktivität der Universität Luzern, wenn profilierte und international vernetzte Fachbereiche wie die Religionswissenschaft ersatzlos wegfallen würden?
9. Welche konkreten Massnahmen erwägt oder unterstützt der Regierungsrat, damit solche kultur- und sozialwissenschaftlichen Fächer trotz Sparzwängen erhalten bleiben – etwa durch gezielte kantonale Interimslösungen, Überbrückungsfinanzierungen, Erhöhung der Trägerbeiträge, Partnerschaften oder Förderinstrumente?

Pfäffli Andrea

Schuler Josef, Meier Anja, Budmiger Marcel, Ledergerber Michael, Engler Pia, Fleischlin Priska, Horat Marc, Sager Urban, Muff Sara, Galbraith Sofia, Rey Caroline, Bühler-Häfliger Sarah, Stuhalter Irina, Spring Laura, Zbinden Samuel, Pilotto Maria, Bolliger Roman